

Rede von Matthias Bärwolff

Aktuelle Stunde: "Erste Erfahrungen mit der Eingliederung der Schuljugendarbeit in die Jugendpauschale"

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nachdem die Landesregierung weit länger als ein Jahr gebraucht hat, um aus drei verschiedenen Entwürfen dann endlich eine Richtlinie zu stricken, liegt diese nicht nur im Lande vor, nein, sie stiftet überall auch noch Verwirrung. Wo müssen wir die Projekte beantragen? Wer ist wofür zuständig? Was wird wie gefördert? Verunsicherung und Chaos machten sich breit, zumal die Träger der Schuljugendarbeit Angst um den Fortbestand ihrer Projekte hatten und das zu Recht. Wenn nun die Schuljugendarbeit in den Verantwortungsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe wechselt, dann löst das berechtigte Bedenken bei den Betroffenen aus, denn nun ist der Anteil der Eigenfinanzierung ungleich höher, von ehemals 20:80 wird nun auf eine 60:40-Förderung umgestellt. Gerade für Schulfördervereine, die ja in den allermeisten Fällen nicht einmal anerkannte Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, besteht die Gefahr, dass Projekte in beträchtlicher Größenordnung wegbrechen. Das Anliegen der Landesregierung, die beiden parallel bestehenden Systeme von Jugendhilfe und Schule zusammenzuführen und so eine bessere Vernetzung hinzubekommen, kann ich persönlich nachvollziehen. Und ja, es ist ein Ansatz, den auch wir als PDS mitgehen würden, denn oftmals gehen auf dem Weg von der Schule in ein Jugendhaus mehr als die Hälfte der Schüler verloren. Hier muss man ansetzen und eine Kooperation zustande bringen. In Suhl beispielsweise ist der Jugendarbeiter auch Teil der Schulsozialarbeit und kann also mit seinen Mitteln und seinen Fähigkeiten ebenfalls auf die Jugendlichen einwirken und so eine echte Kooperation initiieren. Auch in der Verwaltung in Suhl sind Jugendhilfe und Schule enger zusammengerückt. So ist der Jugendamtsleiter auch Herr über die Schulen. Der Ansatz der Landesregierung dagegen, zu sagen, wir schmeißen alle Posten in einen Haushaltstitel, streichen die Landesförderung, geben dann allem noch einen neuen Namen und lassen die schwierigen Entscheidungen, also die über die Kürzungen, in den Kommunen - das klappt nicht, denn Sie zwingen alle Beteiligten zur Zusammenarbeit, anstatt eine Kooperation zu fördern. Was dabei herauskommt, ist ein Hauen und Stechen um die Fördertöpfe. Die Jugendhilfe sagt, uns sind die offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit wichtig. Die Schulleute sagen, vergesst doch bitte die Schulsozialarbeit und das IZBB nicht. Und wenn es ganz eng wird, kommen dann auch noch die Berufsschulen dazu und melden ihrerseits Bedarfe an. Dazu allerdings wird Frau Reimann noch etwas genauere Aussagen machen; ich würde mich hier beschränken.

Ein Beweis für diese Tatsache ist, dass die Landesregierung, um ein Überleben der schulbezogenen Jugendsozialarbeit zu sichern, sogar eine Quote mit Übergangsbestimmungen einführen musste, besteht doch die erhebliche Gefahr des Wegbrechens. Hier zeigt sich, dass - erstens - die Gelder im Haushalt für die neue Richtlinie viel zu knapp bemessen sind,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und zweitens zeigt sich, dass auf dieser Grundlage wohl kaum ein friedliches Miteinander zu erwarten ist. Nein, die Landesregierung sollte, statt mit Mittelkürzung eine Kooperation zu erzwingen, versuchen, sinnvoll und auf freiwilliger Basis eine Zusammenarbeit zu erreichen und den Beteiligten dabei unterstützend unter die Arme zu greifen. Was aber passiert denn im Lande? Erst jetzt werden die Bescheide an die Kommunen verschickt. In Altenburg beispielsweise ist bis heute noch kein Brief aus dem Landesjugendamt angekommen. Völlig

unklar ist z.B. immer noch, was mit Schulfördervereinen passiert, die zwar bislang Schulsozialarbeit geleistet haben, aber keine anerkannten Träger der Jugendhilfe sind. Werden diese jetzt im Schnellverfahren zu anerkannten Trägern? Was ist mit dem Fachkräftegebot der Jugendhilfe? Wo sollen diese kleinen Vereine mit einem Mal das Geld für Fachkräfte hernehmen? Am Ende lässt sich nur eins feststellen: Der Topf wird kleiner, die Mäuler werden mehr und derjenige, der gekürzt hat, gibt die Verantwortung an die Kommunen ab und zieht sich so geschickt aus der Affäre. So kann eine Kooperation wohl kaum gemeint sein. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)